

Der Bau des Kraftwerkes Mühleberg und die Aufstauung der Aare zum Wohlensee



Auszug aus dem Buch:

Wohlen bei Bern im 19. und 20. Jahrhundert

Thomas Brodbeck und Andrea Schüpbach

Einwohnergemeinde Wohlen (Hg), 2006.

Das Buch kann bezogen werden:

Einwohnergemeinde Wohlen
Hauptstrasse 26
3033 Wohlen
Tel. 031 2828.81.11.
gemeinde@wohlen-be.ch

«Es trägt nichts ab, sich zu sperren, wir bauen eine neue Welt!»¹

Der Bau des Kraftwerkes Mühleberg und die Aufstauung der Aare zum Wohlensee

Am Samstag, den 25. Juni 1921 weihte die Leitung der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) zusammen mit einem Grossaufgebot der Schweizer Presse und der Behörden – der Regierungsrat in corpore und Vertreter der Kantonalbank waren anwesend – sowie Arbeitern und Angestellten mit der Anlage in Mühleberg ihr siebtes Wasserkraftwerk ein. Nachdem Motorboote die Gäste übers Wasser zum Elektrizitätswerk gebracht und diese das Werk besichtigt hatten, schritten die Geladenen in der «bekränzten Kantine» zum Festakt. Der Präsident des Verwaltungsrates der BKW, Nationalrat Fritz Ernst Bühlmann, hielt eine lange Rede auf das «Spitzenwerk allerersten Ranges», in der er sich besonders gegen die Anfeindungen und die Kritik wehrte, die den BKW wegen des Baus entgegenbrandeten. Nach der Ehrung des Generaldirektors der BKW, Eduard Will, der treibenden Kraft hinter dem Bau, beschwor Regierungspräsident Friedrich Burren «die Schönheit des Wohlensees». Zuletzt erläuterte der eben geehrte Eduard Will die unternehmerische Perspektive der BKW: Das als Einzelwerk zu gross angelegte Kraftwerk müsse zur «Zentrale werden, in der alle Drähte zusammenlaufen und von wo aus sie über den ganzen Kanton ausstrahlen».²

Die BKW-Leitung und die Geladenen weihten damals ein Bauwerk ein, welches der Gemeinde Wohlen zu einem dauerhaften Wahrzeichen, dem Wohlensee, verhalf. Dafür hatte sie aber einen hohen Preis zu zahlen, denn Bau und Werk waren nicht nur ein gigantisches Bauwerk des Industriezeitalters und ein gewichtiger Beitrag an die Elektrifizierung der Region, sondern auch mit erheblichen Folgen für die Wohlerer verbunden. Um den massiven Einschnitt in Topographie, Umwelt, Wirtschaft und Siedlungsstruktur zu verdeutlichen: Heute steht eine 240 Meter lange und 35 Meter hohe Staumauer an der Grenze zwischen den Gemeinden Mühleberg und Wohlen, der Stausee weist eine Länge von 15 Kilometern auf; etwa 250 bis 300 Hektaren Land sollen unter Wasser gesetzt und insgesamt rund 500 Hektaren Land von den BKW erworben worden sein.³ Die Häuser und Höfe, die auf diesem Land lagen, wurden abgerissen – die Angaben schwanken zwischen 24 und 44 Häusern⁴ – und teils andernorts wieder aufgebaut, so die alte Käserei an der Uettligenstrasse und weitere Häuser an der Bannholzstrasse und Hofenstrasse.⁵ Im Jahr 1917 begannen die Arbeiten am Werk; nachdem im Juli 1920 die Aare aufgestaut war, nahmen die BKW im August 1920 den Betrieb mit zwei

«Wer befiehlt denn eigentlich da? – Mich deucht, wir sollten auch noch ein Wort mitzureden haben.»

«Das werdet Ihr auch. Eben iust drum sind wir da», sagte der Oberst.

«Schon recht. Aber Ihr dürft nicht glauben, Ihr werdet so im Handumdrehen mit uns fertig. Und die Regierung? Die wird wohl auch noch etwas zu sagen haben.»

«Ganz recht. Sogar ein wichtig Wort, und grad deshalb wird die Sache zustande kommen.»

«Da scheint Ihr ja mit der Regierung schon eins zu sein. Oder steckt die gar selber dahinter?»

«Sie oder besser gesagt das Volk wird seinen Nutzen aus der Sache ziehen.»

«Scheint mir fast so», lachte nun Hans Ueli hämisch, «wenn es seine schönsten Acker und Felder muss unter Wasser setzen lassen. Und wenn ich recht berichtet bin, kommen sogar ganze Heimwesen drunter.»

«Ja, so ist's. Und doch wird der Nutzen grösser sein als der Schaden.»

Fiktiver Disput zwischen dem Bauern Hans Ueli Böhlen und Oberst Eduard Will, Direktor der BKW, vor dem Bau des Kraftwerkes; aus dem Werk Rudolf von Tavel über den Bau des Kraftwerkes Mühleberg.^a

Seite links

Abb. 10.1: Flugaufnahme des Wohlensees, von West nach Ost gesehen. (Schutzverband Wohlensee)

Abb. 10.2: Zur Einweihung des Werkes am 21. Juni 1921 geladene Gäste setzen mit dem Schiff über zum Stauwehr. (BKW)



Maschinen auf; bis Ende 1921 gingen vier weitere Maschinen ans Netz. 1920 wurden überdies zwei neue Brücken, die Hinterkappelen- und die Wohlleibücke, sowie diverse Strassen und Wege für den Verkehr freigegeben, ebenso die neue Verbindung zwischen Mühleberg und Wohlen, die Brücke über das Stauwehr.⁶

Wie nahmen die Wohlener dieses Projekt und den Bau wahr, als Chance oder als Bedrohung? Liess sich ein derart folgenreiches Unterfangen gegenüber Gemeinde und ansässiger Bevölkerung überhaupt plausibel begründen? Oder anders gefragt: Welche Kräfte konnten die Bauern von ihrer Scholle trennen? Und: Weshalb bauten Kanton und BKW an dieser Stelle ein Wasserkraftwerk, von welchen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen waren Planung und Bau begleitet? Diesen Fragen soll im Folgenden auf den Ebenen der Wirtschaft, Politik und Justiz sowie auf den Schauplätzen des Geschehens, also in der Gemeinde Wohlen und auf der Baustelle, nachgegangen werden.

Abb. 10.3: Aaresee, Bernersee, Stausee Mühleberg oder Wohlensee? 1920 war der neu aufgestaute See offiziell noch ohne Namen und wurde etwa Mühlebergstausee, Wohlensee, Aumattsee oder auch Bernersee genannt. Viele machten sich daher Gedanken über einen definitiven Namen, allerdings hatte der Bund – genauer: die Abteilung für Landestopographie – ein gewichtiges Wort mitzureden. Eduard Will, Direktor der BKW, sprach sich für «Wohlensee» aus und begründete dies mit dem «Wohlklang» des Namens einerseits und der das rechte Seeufer dominierenden Gestalt von Kirche und Dorf Wohlen andererseits. Der Wohlener Gemeinderat plädierte ebenfalls für «Wohlensee» – ungefähr die Hälfte des Sees liege ja auf Wohlener Gemeindegebiet. Die Abteilung für Landestopografie wies den Vorschlag zurück und schlug «Stausee Mühleberg» vor. Die Berner Baudirektion, ohne Ambitionen, befand beide Namen für gut. Die BKW wie auch die Gemeinde beharrten jedoch weiterhin auf «Wohlensee», und diese Bezeichnung setzte sich letztlich auch durch.^b (Rufener, Bremgarten)



1 BKW und Kraftwerk Mühleberg: ein Politikum ersten Ranges in der Berner Politik

Die Geschichte des Wohlensees, und der Berner Elektrizitätsgewinnung überhaupt, ist eng verbunden mit den BKW, den Bauherren von Mühleberg.⁷ Waren die BKW zu Beginn ihrer Geschichte, damals die Vereinigten Kander- und Hagneckwerke, noch eine private Gesellschaft, gingen sie kurz darauf, Anfangs des 20. Jahrhunderts, in staatliche Hände über. Private hielten im Jahr 1915 noch Anteile in der Höhe von 3,5 Prozent, den Rest teilten sich Kanton und Kantonbank. Die BKW betrieben eine aggressive Expansionspolitik: Sie beabsichtigten, den Markt zu monopolisieren, kleine und mittlere Elektrizitätswerke zu verdrängen. Damit schufen sie sich politisch insbesondere im sozialdemokratischen und konservativen Umfeld viele Feinde, denen auch die Nähe der BKW zu freisinnigen Kreisen ein Dorn im Auge war.⁸

Der Entscheid zum Bau des Kraftwerkes Mühleberg Mitte der 1910er-Jahre, nachdem das Rehwag-Stauwehrprojekt Anfangs der 1910er-Jahre gescheitert war,⁹ fiel mitten in die Expansionsperiode der BKW: Die durch den Ersten Weltkrieg bedingten wirtschaftlichen Entwicklungen, insbesondere die Kohleknappheit, forcierten die Nachfrage nach Elektrizität.¹⁰ Strom gewann immer mehr an Bedeutung im Alltag der Bevölkerung, die Elektrifizierung wurde von ihr mehrheitlich positiv wahrgenommen.¹¹ Für den Bau und den Betrieb des Kraftwerkes mussten die BKW beim Regierungsrat aber erst um eine Konzession nachsuchen und kamen dabei der Stadt Bern in die Quere, die schon lange den Bau eines Wasserkraftwerkes in derselben Gegend plante: Die Stadt war nach der Jahrhundertwende schon einmal im Besitz einer Konzession gewesen, ein Gesuch für deren Verlängerung schubladisierte der Regierungsrat jedoch im Jahre 1908; er war sich der Bedeutung der Wasserkräfte der Aare sehr wohl bewusst.¹² Obwohl laut BKW für ein Kraftwerk aus bautechnischen und finanziellen Gründen angeblich gar kein anderer Standort als die Talenge beim Aufeld infrage kam,¹³ kursierte bald das Gerücht, dass die BKW das Kraftwerk Mühleberg nur zu bauen beabsichtigten, um das Stadtberner Projekt zu vereiteln und damit auch das Konkurrenzunternehmen zu schädigen; dies stritten die BKW selbstredend vehement ab.¹⁴

Die BKW waren sich ihrer Sache schon vor der Konzessionserteilung sehr sicher, sogar noch bevor sich die direkt Betroffenen – die Gemeinden, die Güterbesitzer etc. – dazu äussern konnten: Eine ausserordentliche Generalversammlung beschloss im Dezember 1916 im Hinblick auf den kostspieligen Bau des Stauwehrs eine Erhöhung des Aktien- und Obligationenkapitals; diese billigten auch jene Regierungsräte, die später über die Konzession zu befinden hatten. Zudem begannen die BKW schon Monate vor der Konzessionserteilung mit Vorbereitungsarbeiten am Bauplatz, sie bestellten Lastautomobile und bauten die Zufahrtstrassen – denn die Zeit drängte,¹⁵ die Nachfrage nach Elektrizität war gross.

Die BKW unterbreiteten dem Regierungsrat schliesslich das Projekt Wasserkraftwerk Mühleberg, um die Konzession zu beantragen, die der Regierungsrat im Dezember 1917 erteilte. Die BKW konnten jetzt offiziell mit dem Bau beginnen. Die Stadt Bern hingegen erlitt mit ihrem Antrag für eine Konzession

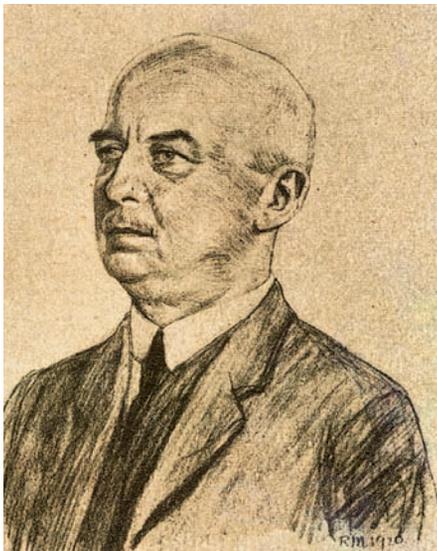
Abb. 10.4: Eduard Will gehörte zur radikal-freisinnigen Elite, die Bern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen beherrschte. Nicht nur in Militär und Politik machte er eine atemberaubende Karriere, als Direktor bzw. Generaldirektor der BKW war er auch jahrzehntelang die dominierende Figur in der bernischen Elektrizitätswirtschaft.^c Zeichnung von Rudolf Mürger, 1920. (BKW)



Abb. 10.5: Ein ungewohntes Bild boten die elektrisch betriebenen Lastautos, welche den Bauplatz an der Aare auf der neu gebauten Strasse von Gümmenen her anfuhr. Dem Sägenfeiler Hurni Köbel, einer Figur aus Rudolf von Tavel's Werk «Von grosser Arbeit» über den Bau des Kraftwerkes Mühleberg, waren diese Fahrzeuge wenig geheuer: «Da lief ja der wunderwirkende Draht an den langarmigen Galgen. Und richtig, weit hinter ihm, aus dem Buttenrieder Schlund herauf, kamen wie Elefanten, die aus den Dschungeln brechen, einer hinter dem andern, wahre Ungeheuer von Lastwagen.»^d (BKW)



Abb. 10.6: Georg Narutowicz, Professor an der ETH und bedeutender Kraftwerksbauer, war der Konstrukteur des Kraftwerkes Mühleberg. Ab Frühjahr 1920 machte er eine kurze, aber dafür umso steilere politische Karriere in der neu gegründeten Republik Polen; sie war gekrönt mit seiner Wahl zum Staatsoberhaupt im Dezember 1922. Wenige Tage danach fiel er einem Attentat zum Opfer.^e Zeichnung von Rudolf Münger, 1920. (BKW)



sion eine Abfuhr, welche der Regierungsrat mit der Unwirtschaftlichkeit des Standortes begründete;¹⁶ eine Einsprache der Stadt lehnte er ab. Auch die staatsrechtliche Beschwerde der Stadt vor Bundesgericht war erfolglos – zum Zeitpunkt ihrer Ablehnung, im Juli 1918, war der Bau bei Mühleberg ohnehin schon längst im Gang.¹⁷ Trotz des Affronts gegenüber der Stadt Bern blieben politische Folgen vorerst aus. Noch Mitte der 1910er Jahre stiess die Kritik der SP an den BKW als «Staat im Staate» und als «Zirkel freisinniger Geschäftspolitik» auf wenig Resonanz.¹⁸

Die BKW blieben politisch unbehelligt, dafür häuften sich nach 1917 die Schwierigkeiten am Bau: Die Baumaterialien waren teuer und knapp, Streitereien mit den Gewerkschaften führten zu manchem Streik. In der Bauabrechnung von 1921 mussten die BKW schliesslich massive Kostenüberschreitungen einräumen: Kalkulierten sie 1917 noch mit 17 Millionen Franken, wiesen sie 1921 mit 40 Millionen Franken ein Mehrfaches dessen aus.¹⁹ In der Folge musste der unter einer misslichen Finanzlage leidende Kanton Bern einer Aktienkapitalerhöhung zustimmen. Diesmal blieben politische Folgen nicht aus, der Freisinn konnte sich nicht mehr schützend vor die BKW stellen, da er sich von der den agrarischen Interessen verpflichteten späteren Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) als führende Macht im Kanton zunehmend verdrängt sah.²⁰ Kein Wunder, setzte sich die SP jetzt mit ihrer Forderung nach einer den Kräfteverhältnissen im Grosse Rat entsprechenden Verteilung der Verwaltungsratsmandate durch. Das auch von der bäuerlich-konservativen Basis misstrauisch beäugte «Relikt des <freisinnigen Systems>»²¹ war angeschlagen. Mitte der Zwanzigerjahre blies die BGB zum finalen Angriff: Nach einer in der Presse von BGB-Kreisen geführten Kampagne trat die Symbolfigur des freisinnigen Systems in den BKW, Eduard Will, zurück – er hatte die BKW als Generaldirektor lange Jahre autokratisch geführt. Gleichzeitig unterwarf der Grosse Rat die bislang nach ihrem Gusto allzu autonom agierenden BKW einer stärkeren politischen Kontrolle und Mitbestimmung und machte sie zu einem «tatsächlichen Teil der bernischen Staatswirtschaft».²²

2 **Uniforme Vielstimmigkeit: die Einsprachen gegen die Baupläne der BKW vor der Konzessionserteilung im Mai 1917**

Gemeinden und Private durften sich im Mai 1917 zu den Plänen der BKW äussern. In der Gemeinde Wohlen stiess das BKW-Projekt auf grosses Interesse, die Veranstaltung im Mai 1917, an der Eduard Will das Projekt vorstellte, war sehr gut besucht.²³ Von Privaten und Körperschaften – Gemeinden, Genossenschaften etc. – aus den Amtsbezirken Aarberg, Bern und Laupen gingen 39 Eingaben ein.²⁴ Darin äusserten sich insgesamt 48 Einsprecher, wovon 21 im Amt Bern und davon alleine 13 in der Gemeinde Wohlen sesshaft waren.²⁵

Viele Einsprecher wollten ihre Rechte gegenüber den BKW hinsichtlich der zu erwartenden Schäden wahren – in Wohlen etwa die Gemeinde selber, die Käsereigenossenschaft Hofen-Wohlei, die landwirtschaftliche Genossenschaft Wohlen und verschiedene Grundeigentümer. Mit diesen, befanden die BKW, sei eine gütliche Einigung möglich.²⁶ Gemeinden und Körperschaften brachten sich ferner auch aktiv mit Vorschlägen für alternative Verkehrskonzeptionen für die betreffenden Gebiete ein, auch die Gemeinde Wohlen – denn Strassen und Brücken mussten teils neu gebaut bzw. umgebaut werden. Die Gemeinden Bümpliz, Frauenkappelen und Wohlen befürchteten auch Steuerausfälle und erwarteten deshalb Kompensationsleistungen. Grundsätzlich gegen eine Konzessionserteilung richteten sich aber nur die Stadt Bern und Frauenkappelen, die anderen stellten das Projekt nicht in Frage. Laut Eduard Will war die Stadtberner Einsprache die einzige, die «ernste Schwierigkeiten» versprach²⁷. Es ist davon auszugehen, dass sich die BKW und die Einsprecher in der Regel einigten.

2.1 **Gelbfieber und Malaria im Pfahlbauerland: Gemeinderat und Einwohnergemeinde Wohlen melden ihre Rechte an**

Der Gemeinderat von Wohlen bedauerte in seiner Eingabe «an die vorberathenden Behörden in Sachen des Gesetzes über das Gemeindewesen» den Verlust von Kulturland und, noch viel mehr, an Steuersubstrat. Der Gemeinde erwachse ein Ausfall an Steuereinnahmen in der Höhe von einer halben Million Franken: Mehrere Bauerngüter, aber auch Gewerbebetriebe, zwei Sägereien und eine Käserei, verschwänden, zudem müsse mit dem Wegzug des gerade im Staugebiet ansässigen «kräftigsten Steuerzahlers» der Gemeinde gerechnet werden. Deshalb verlangte die Gemeinde einen angemessenen Anteil an den künftigen Steuerzahlungen der BKW, die Gemeinde Mühleberg dürfe diese auf keinen Fall alleine einkassieren²⁸ – die Gemeinde rechnete denn auch bald fest mit diesen neuen Steuereinnahmen (siehe Kapitel über die Politik vor 1945). Die Einwohnergemeinde Wohlen ihrerseits befürchtete in ihrer Eingabe und Rechtsverwahrung, dass der aufgestaute See etwelche Schäden verursachen könnte, was sich später oft genug als begründet herausstellen sollte; sie pochte zudem erfolgreich auf Veränderungen der Pläne für die Verkehrsführung in Richtung eines markanten Ausbaus des ursprünglichen Angebotes der BKW (siehe Kapitel über den Verkehr).²⁹

Die Liste der in der Gemeinde Wohlen sesshaften Einsprecher: Augsburg geb. Münger, Anna Marie, Eymatt; Baumgartner, Herm., Gutsbesitzer, Hofen; Kormann, Samuel, Gutsbesitzer, Hofen; Schmutz, Gottfried, Gutsbesitzer, Hofen; Christen, Walter, Gutsbesitzer, Hofen; Frutig, Fritz, Gutsbesitzer, Hofen; Brönnimann, Gottfr., Wirt, Hinterkappelen; Einwohnergemeinde Wohlen; Gemeinderat Wohlen; Jakob, Fritz, Baumeister, Wohlen; Käsereigenossenschaft Hofen-Wohlei, Hofen; Landwirtschaftliche Genossenschaft Wohlen; Stucki, Fritz & Alexander, Hinterkappelen.^f

«Wenn wir auch nicht behaupten, daß nun gleich gelbes Fieber und Malaria ihren unerwünschten Eingang halten werden, daß in Hofen, in der Thalmatt und in der Ey der See ganz in die Nähe der Wohnstätten heranrückt, ohne sie indessen vollständig zu Pfahlbauten zu machen. Da müßte die Nachbarschaft von stagnierendem Wasser von den Anwohnern doch zum mindesten unangenehm empfunden werden.» Auszug aus der Eingabe und Rechtsverwahrung der Einwohnergemeinde Wohlen in Sachen des Wasserwerkprojektes der Bernischen Kraftwerke vom Mai 1917.^g



Abb. 10.7: Die Käserei in Hofen um 1912. Sie musste 1920 den Fluten weichen. Auf dem Bild erkennbar ist der ursprüngliche Aarelauf. (Baumgartner, Hofen)

2.2 «Todesurteil» und «tüchtig bewässerte» Keller:

Private und Genossenschaften bangen um ihre Existenz

In den Amtsbezirken Laupen, Aarberg und Bern nutzten Private und Körperschaften die Gelegenheit zu Eingaben,³⁰ so etwa die Käserei in Hofen. Das Gebäude der Käseereigenossenschaft Hofen-Wohlei drohte unter Wasser gesetzt zu werden. Den Genossenschaftern war bewusst, dass dies für die Käserei «das Todesurteil», die Liquidation, bedeutete, ein alternativer Standort war nicht vorgesehen.³¹ Genossenschafter wie die Hofener Gutsbesitzer waren sich im Klaren darüber, dass sie für die Milchverwertung andernorts Anschluss suchen mussten. Aber nicht nur die Käserei stand vor dem Aus, auch etlichen Landbesitzern schwante, dass ihre Zeit im Aaretal abgelaufen war, denn auch grosse Flächen an Kulturland würden in absehbarer Zeit unter Wasser stehen, so etwa in Hofen der «äussere Prägel», «die direkt unter der Ortschaft Hofen gelegenen Aecker und Matten» und die Thalmatten unterhalb von Wohlen. Betroffen waren in Hofen die Gutsbesitzer Hermann Baumgartner, Samuel Kormann, Gottfried Schmutz, Franz Christen und Fritz Frutig.³² Aber auch andere Landbesitzer und Gewerbetreibende schickten sich tapfer ins unabwendbar Scheinende, so etwa Fritz Jakob, Baumeister in der Thalmatt. Ihm bereitete vor allem sein Sägewerk Sorge, das unter Wasser zu kommen drohte, denn ein Baugewerbe ohne dieses biete keine «erspüessliche Existenz» mehr, ganz zu schweigen von den übrigen Gebäulichkeiten: Deren Keller würden «tüchtig bewässert», zudem «bspülen» die Wellen des neuen Sees «fast die Haustüren». Jakobs nüchternes Fazit: «Da mag sich ein anderer an der verstümmelten Besizung erfreuen, zu einem



rationellen Betrieb des Baugewerbes ist sie doch nicht mehr geeignet.»³³ Wie im Übrigen auch einige Gutsbesitzer in Hofen erwartete er von den BKW, dass sie seinen gesamten Besitz aufkauften, damit er sich anderswo eine neue Existenz aufbauen konnte. Die Schlussfolgerung der Gewerbetreibenden und Landbesitzer im Aaretal lautete unisono: Volle Entschädigung für die Schäden, allenfalls Verkauf und Wegzug – und keine Opposition gegen das geplante Werk.

2.3 Stillhalten und Wegzug – das persönliche Opfer für das allgemeine Wohl

Weshalb opponierte mit einer gewichtigen Ausnahme eigentlich niemand? Die Wohleier beispielsweise erachteten dies schlicht als aussichtslos. Aber sie fügten auch an, dass sie angesichts «der Bedeutung und der Wichtigkeit des projektierten grossen Kraftwerkes, welches der Allgemeinheit zu dienen berufen ist», weichen müssten.³⁴ Desgleichen beschied die Gemeinde Wohlen, «die kleinern Interessen» hätten «vor allgemeinen Landesinteressen, denen das Werk dienen soll», zurückzutreten – denn den Sinn und Zweck des Werks und letztlich der Elektrifizierung bestritt niemand ernsthaft. Aber, fügte sie an, angesichts der «Opfer», die sie fürs «öffentliche Wohl» erbringe, und des Umstandes, dass die Gemeinde «arg in Mitleidenschaften gezogen» werde, sei eine «hinlängliche» Entschädigung «nur recht und billig».³⁵ Damit unterstrich die Gemeinde ihre Forderung nach einer Modernisierung des Verkehrsnetzes, welcher letztlich stattgegeben wurde, die «Opfer» mussten angemessen honoriert werden.

Abb. 10.8: Dieses Bild entstand vor der Aufstauung, also vor 1920. Auf der linken Seite des Aarelaufs ist der Hof Bigler Oberrei – Au zu erkennen, welcher 1920 überflutet wurde. In der oberen Bildmitte sind ein Landdreieck und darunter ein Haus sichtbar, die Krämerei Christian Mäder Schürhubel. Auf den Grundmauern dieser Krämerei steht heute ein Bootshaus. Diese Gegend war früher dünn besiedelt. Es gab zwei grössere Höfe und einige kleine Tagelöhner-Heimetli. Und es gab die Krämerei der Familie Mäder, in der auch Einwohner vom anderen Aareufer einkauften und dazu jeweils mit einer Fähre übersetzten. Christian Mäder ging zudem mit einem Hundegespann hausieren. Weiteres Gewerbe gab es in dieser Gegend nicht. Man sah abgesehen vom Briefträger, Landjäger, Wildhüter und von der Hebamme keine «Fremden».^h (Müller, Hinterkappelen)

3 Auf der Baustelle: Baracken, Arbeitskämpfe, verwöhnte Alpensöhne und streikende Russen

Auf der Grossbaustelle an der Aare war eine grosse Menge von Arbeitern am Werk, zeitweise nahezu 1000 Personen – verglichen mit der 3000 Köpfe zählenden Wohlener Wohnbevölkerung eine doch erhebliche Zahl. Die Arbeitsverhältnisse waren teils äusserst beschwerlich, die Arbeitstage lange und die Löhne nicht allzu üppig bemessen. Zudem waren die Arbeiter auf den riesigen Holzgerüsten oder in den «Caissons», die bis zu 35 Meter unter Wasser lagen, etwelchen Gefahren ausgesetzt. Insgesamt gab es, neben etlichen Verunfallten, 15 Todesopfer zu beklagen – sie ertranken, stürzten zu Tode oder wurden erschlagen, überfahren, verschüttet.³⁶

Abb. 10.9 und 10.10: Baracken von Arbeitern und Häuser von Werkführern. In Rudolf von Tavel's Erzählung über den Kraftwerksbau entdeckte eine überraschte «Frau Lisbeth» diese neue Siedlung: «Und in der Tat, Frau Lisebeth kam nicht aus dem Staunen, als unterhalb des Waldes, auf einem Hügelvorsprung, ein ganzes Dörflein heimeliger, hübsch bemalter Wohnhäuschen sich vor ihren Augen ausbreitete. «Hier wohnen die Werkführer», sagte der Mechaniker, in dem dort wohne ich selber. – Diese Häuser bleiben stehen, wenn das ganze Werk fertig ist. Aber die da drüben, die Baracken, kommen wieder weg. Hier wohnen die Arbeiter.»ⁱ (BKW)

3.1 «Geräumige Schlafbaracken» für die Arbeiter – Baracken im «Chaletstil» für die Ingenieure: die kleine Klassengesellschaft im Aaretal

Schon 1918 beschäftigten die BKW 500 bis 650 Personen auf der Baustelle, welche sie auch logierten und gepflegten. Nachdem der Plan geplatzt war, die Arbeiter, die Ingenieure und das Aufsichtspersonal in den umliegenden Dörfern unterzubringen, erstellten die BKW Baracken am Bauplatz³⁷ und schufen für fast die gesamte Arbeiterschaft Unterkunftsräume. Ende 1918 standen schon acht «geräumige Schlafbaracken mit 380 Betten» – durchschnittlich kamen also fast 50 Personen auf eine Baracke –, eine Wohnbaracke für Familien mit neun Wohnungen, zwei Wohnbaracken für Ingenieure und vier Maschinistenhäuser zur Verfügung.³⁸ 1919 betrug der durchschnittliche Personalbestand 700 Personen, maximal arbeiteten bis zu 1000 Personen auf dem Bauplatz: Die BKW errichteten in diesem Jahr deshalb weitere Baracken und ein Sechsfamilienhaus in Nieder-Runtigen. Sie bauten ferner

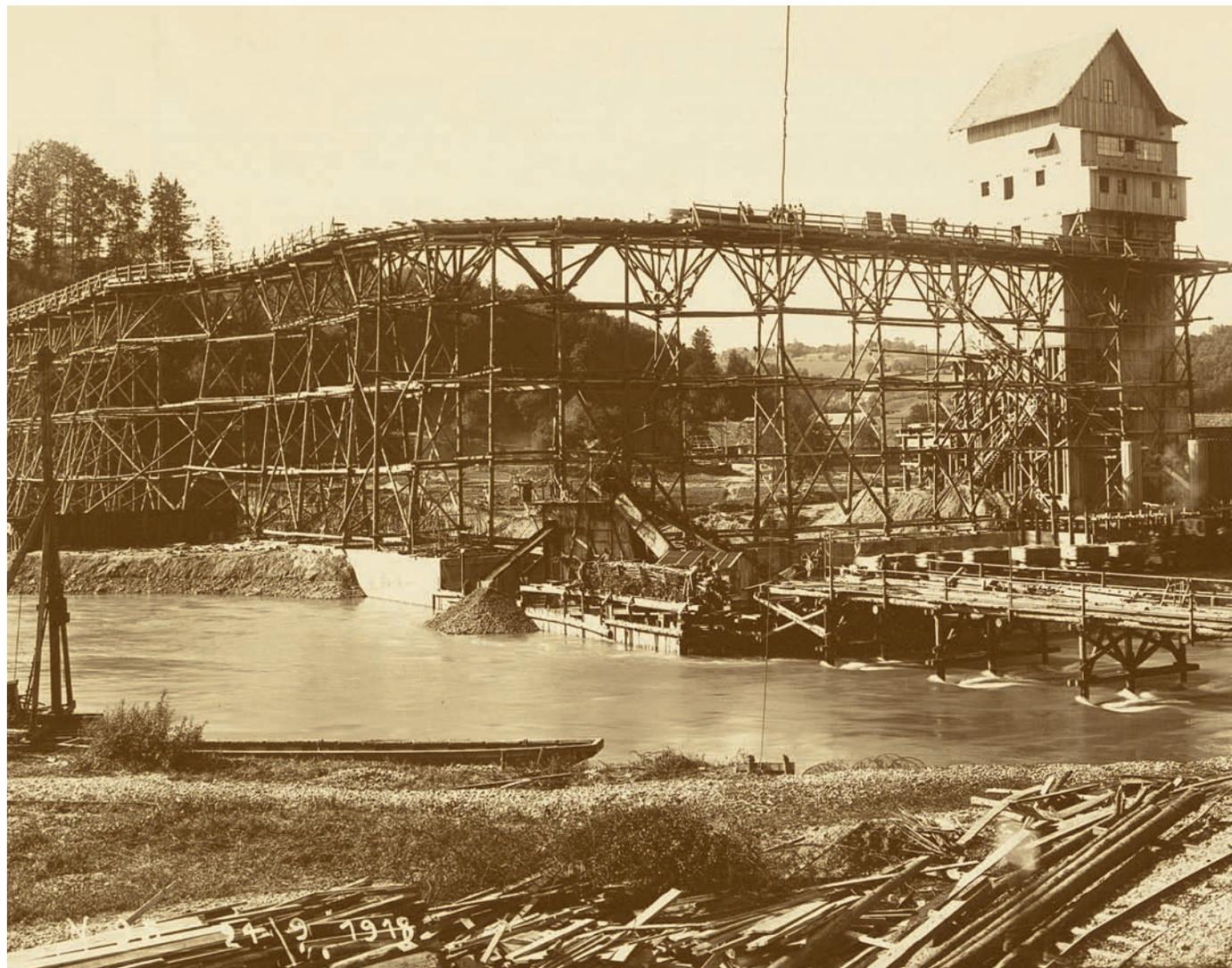


ein Badehaus, eine Bibliothek und ein Schreib- und Lesezimmer als Ergänzung der so genannten Wohlfahrtseinrichtungen.³⁹ Eine uneigennützig Geste war dies freilich nicht, denn «der grosse Arbeitermangel [...] macht derartige Wohlfahrtseinrichtungen doppelt notwendig»; die Arbeiterschaft musste bei der Stange gehalten werden.⁴⁰ Eine Kantine bewirtete die Arbeiter mit «warmen & kalten Speisen» und schenkte dazu «Tischwein, Bier oder Most» aus.⁴¹ Ende 1919 verabreichte die Kantine täglich durchschnittlich 1000 und maximal 1600 Mahlzeiten.⁴²

Neben den grossen Schlafbaracken gab es auch etwas komfortablere Wohnstätten, z. B. eine «mit gefälligem Äussern im Chaletstil» erbaute Ingenieurbaracke, welche fünf Zimmer, einen Aufenthaltsraum, ein Badezimmer und eine Toilette sowie eine Laube zählte; sie war ausgestattet mit fliessendem Wasser, elektrischer Heizung und Beleuchtung. Im Vergleich zu den Arbeiterbaracken geradezu luxuriös schien die Einzelbaracke für eine Ingenieursfamilie zu sein: Sie war unterkellert und zählte insgesamt drei Zimmer, einen Aufenthaltsraum, einen Essraum, eine Laube und eine Toilette.⁴³

Abb. 10.11: Leegerüst zum Bau der Stau-
mauer im Jahr 1918.

Manche der Arbeiter auf dem Bauplatz der BKW waren Tagelöhner. Weil Arbeitskräftemangel herrschte, beauftragte die Bauleitung der BKW ihre Angestellten, Arbeiter anzuwerben, so auch den Messgehilfen Kaspar Schläppi aus Guttannen im Oberhasli. Dieser rekrutierte siebzehn Mann, die am 17. Oktober 1917 mit der Arbeit begannen. Allerdings wollten diese wegen mangelhafter Verpflegung und unbeheizter Zimmer ein paar Tage später wieder abreisen. Einer dieser Arbeiter, Kaspar Streun aus Guttannen, wandte sich deswegen am 20. November 1917 an das Arbeiteramt in Bern, dem er auch von Unstimmigkeiten bei den Lohnzahlungen berichtete. Er habe sich, als er und andere Arbeiter wieder abziehen wollten, mit



anderen zum Bleiben überreden lassen, aber sich ein paar Tage später, am 30. Oktober 1917, definitiv entschlossen zu gehen. Ursprünglich sei ihnen 6 Franken täglich sowie freie Kost und Logis versprochen worden – die BKW bestätigten den Tageslohn von 6 Franken netto. Trotzdem erhielten die Arbeiter effektiv nur 5 Franken 43 netto, denn 6 Franken seien, so die BKW, «nur bei zufrieden stellenden Leistungen und längerem Ausharren auf dem Bauplatze geschuldet», aber nicht solch «verwöhnten Alpensöhnen, denen die Zimmer zu kalt, das Essen zu schlecht, die Arbeit zu streng und das Tanzen am 31. Oktober im Adler, Brünig, Hirschen und in der Krone in Meiringen leichter ist als erste Pflichterfüllung».j (BKW)

Die langen Arbeitszeiten waren nebst den Löhnen ein ständiges Politikum. Die Arbeitszeiten wurden während des Baus schweizweit, so auch bei den BKW,^k kürzer, sie bewegten sich hin zur 48-Stundenwoche. Dieser Arbeitszeitverkürzung gingen aber etliche Arbeitskämpfe voran. Anfang 1918 wurde auf dem Bauplatz in Mühleberg jeweils in zwei «Tagesgruppen» gearbeitet, von 7 bis 18 Uhr – also zehn Stunden – mit einer Stunde Pause, verpflegt wurde in zwei Schichten. Die Nachtschicht arbeitete von 19 bis 6 Uhr morgens, ebenfalls mit einer Pause von einer Stunde – inklusive samstags wohl-gemerkt; teils wurde auch sonntags gearbeitet, so z. B. in den «Caissons» unter Wasser.^l Im Sommer 1918 bot die Bauleitung der Bauarbeitergewerkschaft eine Arbeitszeit an von im Sommer 10 Stunden und im Winter nicht unter 8 Stunden täglich.^m Von der Baustelle bei der Hinterkappelenbrücke ist bezeugt, dass die BKW von der täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden inklusive Samstagnachmittag abrücken mussten, um erst eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit mit freiem Samstagnachmittag und später die 48-Stundenwoche einzuführen.ⁿ

3.2 Die BKW im Streit mit den «Verführern der Arbeiterschaft»: Arbeitskämpfe in Mühleberg

Im Ersten Weltkrieg verschlechterten sich die sozialen Zustände und die Arbeitsbedingungen signifikant, die eidgenössische Sozialpolitik versagte kläglich, es gab weder effiziente Massnahmen gegen die immense Inflation noch zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen – im Gegenteil, das einzige wirk-same Mittel in der Sozialpolitik, das Fabrikgesetz, war ausser Kraft gesetzt. Militärdienst und Entlassungen sowie eine aussergewöhnlich hohe Teue-rungsrate und erhebliche Reallohnverluste stiessen die arbeitende Bevölke-rung in bittere soziale Not.⁴⁴ Streikdrohungen und Streiks waren denn auch an der Tagesordnung. Für Mühleberg sind mehrere Arbeitsniederlegungen dokumentiert.⁴⁵ Die fragmentarischen Zeugnisse über die Streiks auf dem Bauplatz vermitteln den Eindruck, dass die Wogen auf der Baustelle zeitweise hoch gingen. Nach und nach in branchenspezifischen Gewerkschaften orga-nisiert, stritten die Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Streiks waren aber immer auch eine Kraftprobe zwischen Leitung und Arbeiterschaft, und die Leitung der BKW zog manch-mal einen Ausstand der Arbeiter vor, um sich keine Blösse durch zu schnel-les Nachgeben zu geben. Innerhalb der BKW schienen die Meinungen über die Arbeiterschaft geteilt: Während die Leitung auf dem Bauplatz die organi-sierte Arbeiterschaft etwas entspannter betrachtete, war sie für die Direktion ein Quell der Unruhe und Sabotage, der man nur mit disziplinarischen Mit-teln Herr werden konnte. Der Direktion war schon Ende 1917, als erst 400 Arbeiter beschäftigt waren, die «grosse Arbeiterschar auf engem Raum und in abgelegener Gegend» nicht geheuer, weswegen sie eine «Polizeiaufsicht in allen Richtungen», die ständige Anwesenheit eines Polizisten auf dem Bau-platz, bei der Polizeidirektion anforderte.⁴⁶ Während eines Arbeitskampfes im Mai 1919 erachtete es BKW-Generaldirektor Eduard Will sogar als notwen-dig, polizeilich gegen Streikende vorzugehen.⁴⁷ Auch während des Landes-streiks vom 12. bis 15. November 1918 kam es zum Einsatz Uniformierter. Das Militär besetzte den Bauplatz, denn Staat, Arbeitgeber und Militär befürchteten Revolten und Sabotageakte. Da erstaunt es nicht, dass auch die Arbeiter die BKW-Leitung zuweilen negativ wahrnahmen.

3.2.1 Katz und Maus auf der Baustelle: ein Streik im Mai 1919

Zwar waren die Gewerkschaften ungeliebte, aber doch anerkannte Ansprech- und Verhandlungspartner; sie minderten in den Augen der Bauleitung die Gefahr von wilden Ausständen.⁴⁸ Trotzdem lagen zuweilen die Nerven blank. Dies zeigt ein Streik im Mai 1919: Nachdem die BKW mit den Gewerkschaf-ten der Holz-, Metall- und Bauarbeiter im Jahr zuvor einen Arbeitsvertrag ver-einbart hatten, forderte die Arbeiterschaft neu eine Lohnerhöhung. Konnten sich die BKW mit der Metallarbeiter- und der Bauarbeitergewerkschaft noch einigen, gelang dies mit den Zimmerleuten nicht. Etwa 40 Zimmerleute und 60 Handlanger traten daraufhin, am 7. Mai, in den Streik und forderten die 48-Stundenwoche – der Holzarbeiterverband schickte damals zur Durchset-zung der 48-Stundenwoche schweizweit erste Sektionen in den Streik.⁴⁹ Die vertraglich vorgesehene Vermittlung des Einigungsamtes liess auf sich warten,



und am 10. Mai schlossen sich auch die Bauarbeiter dem Streik an, jedoch ohne konkrete Forderungen zu stellen. Nach Ansicht von Eduard Will wollten die Streikenden mehrheitlich die Arbeit wieder aufnehmen, wurden aber von einigen «Elementen», insbesondere Holzarbeitern, «terrorisiert». Die BKW beabsichtigten, Zugeständnisse bei den Löhnen zu machen und die Streikenden vor die Wahl zu stellen: entweder Wiederaufnahme der Arbeit oder Entlassung. Weil Will die Reaktion der «Streikführer» fürchtete, wenn den Entlassenen Schlafplatz und Verpflegung entzogen würde, forderte er die Unterstützung von etwa zwanzig bis dreissig Polizisten an⁵⁰ – obwohl bislang keine Ausschreitungen vorgekommen seien, wie er gegenüber Chefkonstrukteur Georg Narutowicz einräumte. Er wisse auch nicht, was die «Verführer der Arbeiterschaft» eigentlich wollten. Sie beabsichtigten wohl erst, mutmasste Will, eine Lohnerhöhung durchzusetzen und acht Tage später die 48-Stundenwoche bei gleichem Lohn. Doch solche Löhne könne das Werk

Abb. 10.12: Ingenieure posieren vor der Baustelle im Jahr 1918. (BKW)

Abb. 10.13: Schalungsarbeiten auf der Baustelle im Jahr 1919. (BKW)

Abb. 10.14: Taucher mit Gehilfen im Jahr 1919. (BKW)

Abb. 10.15: Zu Beginn des Landesstreiks, am 12. November 1918, zog ein Zug der Schwadron 8 auf den Bauplatz. Die Soldaten sperrten das Gelände für unberechtigte Besucher und bewachten die Infrastruktur. Mühleberg war übrigens kein Einzelfall, Militär war auch in anderen Unternehmen präsent.^o (BKW)





Abb. 10.16: Die Zimmerleute posieren im Jahr 1919 vor der Sägerei auf dem Bauplatz. (BKW)

«schon der öffentlichen Meinung wegen nicht freiwillig» zugestehen. Will zog einer Einigung deshalb einen Streik vor, allenfalls «um nachher unter dem Zwang zuzugestehen, was nicht mehr verhindert werden kann.»⁵¹ Narutowicz bestärkte Will darin, diesen «unsinnigen Forderungen» dürfe «nicht ohne Kampf» stattgegeben werden, «da wir uns so in eine stets schlechtere Position bringen». Er empfahl, «die Streikenden auszuzahlen, die Logierbaracken und Kantine zu räumen, sowie für polizeilichen oder militärischen Schutz – namentlich gegen Brandstiftung und sonstige Sabotage – zu sorgen».⁵²

Etwa zwei Wochen später, gegen Ende Mai 1919, war zwischen den BKW und den drei Gewerkschaften unter Vermittlung des Einigungsamtes wieder eine Vereinbarung ausgehandelt worden, welche, da angeblich Widerspruch ausblieb, von den BKW als angenommen erachtet wurde. Diese Ansicht teilten die Betroffenen offenbar nicht, denn die Zimmerleute verhängten jetzt eine Bauplatzsperrung und hinderten neu Eingestellte an der Arbeit, um die versprochene Lohnerhöhung einzufordern, was einer erneuten Kraftprobe gleichkam. Die Erhöhung und Auszahlung der Löhne war jedoch nach Ansicht der BKW blockiert, solange die Sperrung andauerte – eine verfahrenere Situation. Es kam wieder zu Verhandlungen, in deren Verlauf die Zimmerleute angeblich einwilligten, die Sperrung aufzuheben, und dies auch in der Tagespresse zu publizieren versprochen. Stattdessen aber erschien in der Berner «Tagwacht» vom 5. Juni 1919 der Aufruf an die Zimmerleute weiterzumachen, da sich die Bauleitung der BKW gegenüber den Zimmerleuten «protzig» benehme und den vereinbarten Lohn nicht auszahlen wolle. Die Sperrung blieb bestehen, und: «Sperrabbrecher werden wie Streikbrecher behandelt.» Es folgte ein Katz-und-Maus-Spiel zwischen BKW-Leitung und Kontaktpersonen der Zimmerleute. Versprochene und nicht erfolgte Telefonanrufe, unerreichbare Verantwortliche sowie weitere Streiks am Samstag, dem 7. Juni, strapazierten die Nerven der Bauplatzverantwortlichen. Schliesslich konnte der Arbeitskonflikt noch gleichentags beendet und die Sperrung aufgehoben werden. Danach bezahlten die BKW den Lohn mit der versprochenen Erhöhung aus.⁵³

3.2.2 Russische Arbeiter in Mühleberg – Werkzeuge der bolschewistischen Revolution?

Am 25. Mai 1918 vermeldete «Der Bund», dass zwei Tage zuvor rund sechzig am Bau des Kraftwerkes beschäftigte russische «Deserteure» gestreikt und «Skandal» gemacht hätten, angeblich «von bolschewistischer Seite von Bern aus angestiftet». Die Berner Kantonspolizei hatte die Russen noch am selben Tag in die Strafanstalt Witzwil verfrachtet.⁵⁴ Wer waren diese Russen? Russische Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, wie auch in Deutschland und Österreich-Ungarn ansässige Russen, flüchteten seit Beginn des Ersten Weltkrieges in die Schweiz. Russen hielten sich aber auch schon zuvor in der Schweiz auf.⁵⁵ Vermutlich handelte es sich in Mühleberg, zumindest zum Teil, tatsächlich um Deserteure, zumal auch Rudolf von Tavel in seiner Erzählung über den Bau des Kraftwerkes Russen in Uniformen erwähnt.⁵⁶

Während «Der Bund» erregt von Skandal, Streik und Bolschewismus schrieb, blieb die Bauleitung gelassen: Die Russen hätten die Arbeit am 23. Mai niedergelegt, um einen mässig höheren Stundenlohn und bessere Verpflegung einzufordern und um vor allem fortan in der Landwirtschaft arbeiten zu können. Von Skandal und Bolschewismus war keine Rede, die Bauleitung stellte ihnen gar ein gutes Zeugnis aus, zumindest die Hälfte der Russen seien gute Arbeiter, «willig und reinlich».⁵⁷

Als die Strafanstalt Witzwil, überrascht über die Neuankömmlinge, die BKW anfragte, was zu tun sei,⁵⁸ verwiesen diese an die Kantonale Polizeidirektion,⁵⁹ welche aber jegliche Verantwortung kategorisch zurückwies, das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement habe «ein rasches Handeln» gefordert, «da sonst in Mühleberg schwere Konflikte» drohten, auch die Kraftwerke selber hätten eine sofortige «Wegnahme» der Russen verlangt – was diese wiederum dementierten.⁶⁰ Das harte Durchgreifen der Polizei und die Internierung entsprachen der damaligen Politik gegenüber «Deserteuren» und Kriegsdienstverweigerern, welche, als «Feiglinge» und «Drückeberger» verpönt, wenig erwünscht und, sofern straffällig oder auffällig geworden, von Ausweisung bzw. Internierung in Strafanstalten bedroht waren.⁶¹

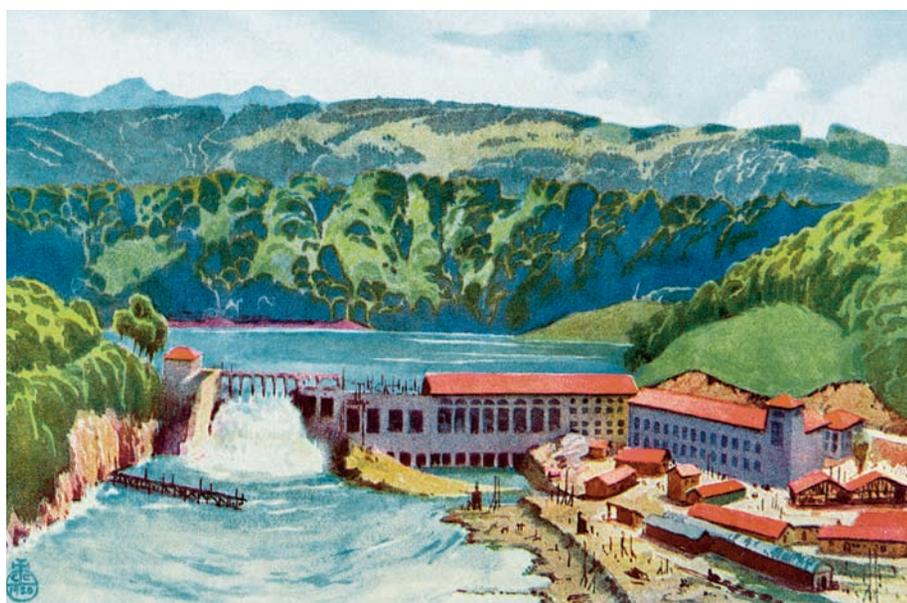
Weshalb aber blieb die Bauleitung geradezu demonstrativ gelassen, und warum reagierte «Der Bund» derart hysterisch? Manche Arbeitgeber zogen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer den Schweizer Arbeitern vor, da sie nicht in den Wehrdienst eingezogen wurden,⁶² deshalb schätzten wahrscheinlich auch die BKW die Russen so sehr. Russen dienten Linken wie Rechten vermutlich aber auch als Projektionsfläche; die Oktoberrevolution 1917 in Russland war noch sehr präsent: Weckte sie aufseiten mancher Linken die Hoffnung auf die Realisierung einer politischen Utopie, war sie für die Rechten ein Wirklichkeit gewordener Alptraum, der auch in ihrem Land Gestalt anzunehmen drohte. Kein Wunder sprach die Bauleitung also lediglich von Ausstand und nicht wie «Der Bund» von Streik, Skandal und Bolschewismus, was unmissverständlich, wenn auch noch von Russen verübt, eine ernsthafte Bedrohung für den bürgerlichen Staat suggerierte.

4 Harte Köpfe im Clinch: BKW und Landeigner

4.1 Rudolf von Tavel: die literarische Versöhnung von elektrifizierter Moderne und bäuerlicher Welt

Der Berner Schriftsteller Rudolf von Tavel (1866–1934) veröffentlichte pünktlich im Jahr der offiziellen Einweihung des Wohlensees seine Erzählung «Von grosser Arbeit».⁶³ Darin liess er den vermutlich fiktiven und nicht auf Wohlerer Seite wohnhaften Bauern Hans Ueli Böhlen, der dieser gigantomanischen Moderne, die ungebremst Kulturland verschliss, äusserst kritisch gegenüberstand, empört ausrufen: «Das einmal ist vor Gott und Menschen nicht recht, [...] dass man solch köstliches Land zugrunde gehen lässt. [...] So war's meiner Seel nicht gemeint, als Gott die Welt schuf. Der Erdboden ist dafür da, dass er Frucht bringe und nicht, dass man ihn ersäufte.»⁶⁴ Noch war der Bau in Böhlens Augen eine Schändung von Gottes Schöpfung. Trotzdem war klar, dass die Bauern weichen mussten: «Da gab es nichts zu bezweifeln, nichts zu markten und zu hemmen». Die Macht lag auf Seiten der BKW, nicht umsonst trat Generaldirektor Eduard Will, die Personifizierung der BKW, schon zu Beginn des Baus auf dem Boden des Bauern Böhlen auf, «als hätte er zu sagen, was gehen müsse».⁶⁵ Der Bau, verklärt als «ein einziges, urgewaltiges Wachsen und Werden, ein Strömen in grosse Zukunft», geriet zum unvermeidlichen und zukunftssträchtigen Naturereignis, das alles unter sich begrub.⁶⁶ Von Tavel spitzte das Ereignis Mühleberg zum Aufeinanderprallen von alter und neuer Welt zu: Die beschauliche und erdverbundene bäuerliche Welt wurde im wahrsten Sinne des Wortes überflutet von einer modernen, technisierten, hektischen, vermeintlich macht- und geldorientierten neuen Welt. Trotz aller Vorbehalte näherten sich die Bauern dem Bau und der Elektrizität als neuer Technologie aber mit grosser Neugier an. Die Bäuerin Böhlen wurde wie ein Kind herangeführt: «Das isch weniger es Häxewärch, weder dass Dir meinit», rief ihr ein Mechaniker zu.⁶⁷ Furcht und Ablehnung lösten sich dabei langsam auf; diese Technik übte auf manche gar eine geradezu ma-

Abb. 10.17: Das Kraftwerk in der Aareschlaufe, gemalt vom Aquarellisten Carlo von Courten. Es ist eine Illustration aus dem Buch Rudolf von Tavel über den Bau des Kraftwerkes Mühleberg. (Tavel, Kraftwerk)



gische Anziehungskraft aus. Auch ein Skeptiker wie der Bauer Böhlen, dessen Besetzung überflutet wurde, liess sich schliesslich mit dem «Wandel der Zeiten»⁶⁸ versöhnen. Versinnbildlicht wurde dies am Ende der Erzählung mit der Vermählung von Bauer Böhlers Pfliegerochter Vreneli mit dem Werksmonteur Läubli: Alte bäuerliche Welt und elektrifizierte Moderne schlossen den Bund fürs Leben. Die Erzählung von Tavel war denn auch weder eine Fundamentalkritik an der elektrifizierten Moderne, noch eine Abrechnung mit dem Kraftwerksbau, sondern eine literarisierte ideologische Stütze desselben und mithin der Elektrifizierung: Die vordem fortschrittskritische bis -feindliche Haltung eines Bauern wie Böhlen wich darin der Einsicht, dass alles gut komme, die neue elektrifizierte Welt doch nicht so schlecht sei. Am Ende der Erzählung geriet die vermeintliche Schändung von Gottes Schöpfung zur Manifestation der göttlichen Liebe. Der wehmütig seinem Acker nachträumende Bauer Böhlen erkannte jetzt im Werk Gottes Liebe, die von «Geschlecht zu Geschlecht» währe und jedem gebe, «was zu seiner Zeit gehört». «Ein Geschlecht, das grosse Arbeit tut, schafft grosse Zeit, und grosse Zeiten fordern grosse Opfer» – Bauer Böhlen gab der «grossen Zeit» seine Scholle hin.⁶⁹

4.2 Aufprall auf dem harten Boden der Realität: später Widerstand der Landeigner

Ganz so versöhnlich schien das Verhältnis zwischen BKW und Bevölkerung damals aber nicht gewesen zu sein. Davon zeugen die unten geschilderten Zwischenfälle aus den 1920er-Jahren. Was hatte sich seit den in nüchternem Tonfall gehaltenen Eingaben von 1917 verändert? Der Bau forderte manche «Opfer» vonseiten der Bauern, das wurde nach und nach klar. Das Trauma des Landverlustes und Kommunikationsprobleme zwischen Bevölkerung und BKW entluden sich schliesslich in organisiertem Widerspruch und Protest.

4.2.1 Die Ernte eines Sommers unter Wasser – der Stausee als Quelle übler Gerüche

Offen zutage tretende Friktionen zwischen Bevölkerung und BKW gab es spätestens in der Zeit der ersten Aufstauung der Aare. Im Juli 1920 erschien in der «Neuen Bernerzeitung» ein mit «Bewohner des Aaretals» unterzeichneter Beitrag, in dem der Verfasser sich über die unglückliche erstmalige Aufstauung beschwerte, welche gerade zur Erntezeit stattgefunden hatte. Das Wasser überschwemmte Emdgras, Haferfelder, Bohnenpflanzungen und Fruchtbäume. Zwar bewirtschafteten die Landwirte die Äcker seit dem Verkauf an die BKW auf eigene Verantwortung, die Ankündigung der Aufstauung sei aber viel zu spät, lediglich acht Tage vorher, erfolgt; zu spät, um die Ernte einzubringen, hiess es. Wenige Tage danach sank der Wasserspiegel wieder, Verwesungsgerüche hingen nun über dem Aaretal. Schlimmer als die befürchtete Versumpfung war jedoch der Verdacht, die BKW hätten die Situation mutwillig herbeigeführt: Es wäre «ein frevler Sport», «ganze Getreideäcker, Wiesen und sonstige Früchte kurz vor der Reife einfach zugrunde zu richten»⁷⁰ – angesichts der noch lebendigen Erinnerung an Hunger und Not im Ersten Weltkrieg bedeutete dieser Verdacht alleine schon eine ungeheuerliche Anschuldigung. Die BKW bestritten dies wenige Tage danach in dersel-

Abb. 10.18: Die alte Kappelenbrücke von der Berner Seite her gesehen vor dem Abbruch. Die Aare war damals schon aufgestaut, die Pfeiler waren schon unter Wasser. Die Aufnahme stammt vermutlich aus dem Sommer 1920. (Fotoarchiv Wohlen)



ben Zeitung, das Stauwehr sei einem notwendigen und erfolgreichen Test unterzogen worden, der Wasserspiegel habe daraufhin wieder abgesenkt werden können. Die Schäden an den Kulturen wären zu vermeiden gewesen, wenn die Landwirte ihre mehrfachen mündlichen und schriftlichen Ankündigungen ernst genommen hätten, so die BKW. Überhaupt hätten die meisten Uferanstösser ihre Ernte rechtzeitig einbringen können, die Vorwürfe seien also übertrieben. Die BKW lehnten jede Verantwortung ab.⁷¹

Diese Affäre hatte im August 1920 ein Nachspiel in Form eines Briefwechsels zwischen Eduard Will, Generaldirektor der BKW, und Notar A. Schwab, dem Wohlener Gemeindeschreiber, der, obwohl nicht Verfasser des Artikels, die Vorwürfe als gerechtfertigt erachtete, da zahlreiche Beschwerden insbesondere aus Hofen und der Wohlei wegen der Aufstauung und des Gestanks bei ihm eingegangen waren – eine in Hofen angeschwemmte Leiche setzte dem Ganzen die Krone auf. Schwab ermahnte Will zu einem rücksichtsvolleren Verhalten gegenüber der durch den Verlust an Land «arg in Mitleidenschaft gezogenen» Bevölkerung.⁷² Eduard Will erwiderte, die BKW hätten alles unternommen, «um die Gefühle und Interessen der Anwohner zu schonen»; es sei nichts getan worden, «um sie wissentlich zu verletzen».⁷³

4.2.2 *Orchestrierter Protest gegen den Bau von Stromleitungen*

Im Frühjahr desselben Jahres hatte sich schon Opposition anlässlich der Leitungsziehung zur Stromspeisung der neuen Solothurn-Zollikofen-Bahn manifestiert. Für die Verlegung dieser Leitungen mussten die BKW erst die Durchleitungsrechte von den Grundeigentümern erwerben – was sie als Routineangelegenheit betrachteten. Folgende Leitungen waren geplant: Mühleberg-Bätterkinden, Bätterkinden-Luterbach, Bätterkinden-Burgdorf und Bätterkinden-Utzenstorf. Im April 1920 bemerkten die BKW konsterniert, dass sie ausserhalb von Seewil, Bangerten, Scheunen und Iffwil «auf geschlossene

nen Widerstand» und überzogene Forderungen stiessen, insbesondere in Säriswil, Möriswil, Meikirch und Grächwil, aber auch in Murzelen, wo nebst «übersetzten Stangeentschädigungen» auch noch «besondere Inkonvenienzentschädigungen» gefordert würden. Das rühre daher, so die BKW, dass die Grundbesitzer in verschiedenen Zeitungen vor der Unterzeichnung der Durchleitungsverträge gewarnt worden seien.⁷⁴

Eine solche Warnung veröffentlichte der «Schweizer Bauer» im April 1920.⁷⁵ Der Verfasser dieses Beitrages rief zuerst geschickt die «Vorgänge in Mühleberg» in Erinnerung, wonach etliche Heimwesen dem Stausee «zum Opfer gefallen» seien und diesen Bauern die «Existenzgrundlage» entzogen worden sei. Die Bauern müssten «gewissen Interessen» einfach weichen, empörte sich der Verfasser, trotz der herausragenden Rolle des Bauerntums als «Hüter des Staatsgedankens»; falls sie sich dann weigerten, drohe ihnen die Enteignung. Der Erlös aus dem Landverkauf reiche zudem nicht einmal für einen angemessenen Ersatz. Der Verfasser brandmarkte die BKW als existenzielle Gefahr für den «gutmütigen» Bauern, ja des Bauernstandes überhaupt. Misstrauen sei daher angebracht, die Bauern müssten koordiniert vorgehen und auf ausreichend hohen Entschädigungszahlungen beharren – ohnehin, meinte er, gebe es schon genügend Leitungen, welche «die Bebauung des Bodens hemmen».

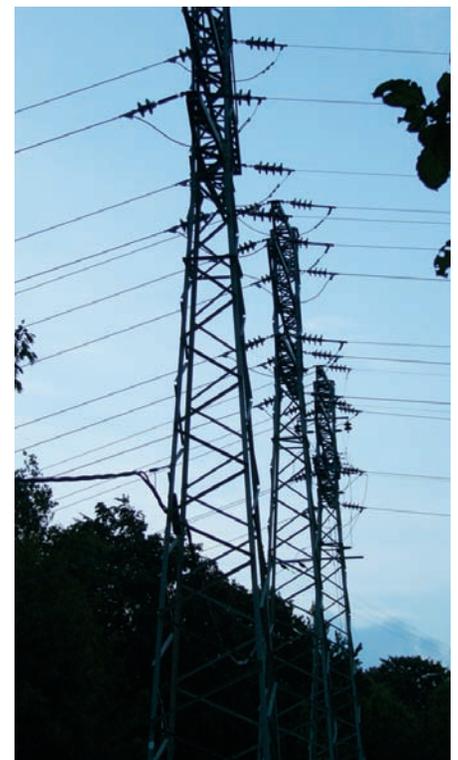
Im Mai 1920 waren die BKW am Ende ihrer Geduld, sie strebten jetzt die Enteignung jener Grundbesitzer an, mit denen eine Einigung nicht möglich war. Der Bundesrat erteilte im Oktober 1920 das Recht zur Expropriation. Ungefähr 240 Personen und Körperschaften waren von den Verfahren betroffen, darunter etliche Wohlener Grundeigentümer.⁷⁶ Zum Vergleich: Anlässlich der Aufstauung der Aare musste angeblich nur ein Landbesitzer enteignet werden.⁷⁷

4.2.2.1 Das Enteignungsverfahren und der Gang vors Bundesgericht

Die Eidgenössische Schätzungskommission Bern Mittelland setzte im Februar 1921 die Höhe der Expropriationsentschädigungen fest. Gegen diese Beschlüsse erhoben im April 1921 ein gewisser Jakob Emil Gerber und 110 «Streitgenossen» aus den Gemeinden Wohlen, Bätterkinden, Bangerten, Etzelkofen, Limpach, Meikirch, Mülchi und Schüpfen Beschwerde vor Bundesgericht.⁷⁸ Sie forderten unter anderem eine Erhöhung der Entschädigungen auf der Basis der Berechnungen des Bauernsekretariates, eines massgebenden Gremiums des Schweizerischen Bauernverbandes,⁷⁹ und die Übernahme der Verfahrenskosten durch die BKW.

Die Expertengruppe, welche die Sachlage für das Bundesgericht prüfte, lobte das Bauernsekretariat für dessen Streben nach einheitlichen Entschädigungssätzen, sei dies bislang doch oft nicht der Fall gewesen.⁸⁰ Das im Mai 1922 eingereichte Expertengutachten wies nach Ansicht der Instruktionskommission des Schweizerischen Bundesgerichts – ein mit zwei Bundesrichtern besetztes Gremium, welches den Urteilsantrag an das Bundesgericht formulierte – aber teils zu hohe Schätzungen und Widersprüche auf. Sie verlangte von der Expertengruppe deshalb einen Ergänzungsbericht. Eine Mehrheit dieser Gruppe erstattete im Juli 1922 Bericht und befand die von der Schätzungs-

Abb. 10.19: Der Stein des Anstosses: die Leitungsziehung zur Speisung der Solothurn-Zollikofen-Bahn. Abgebildet sind Leitungsmasten bei Wickacher. (WW)



kommission berechneten Entschädigungen in den meisten Fällen jetzt auch als zu hoch, die Rekurse seien in diesen Fällen unbegründet. Die BKW rekurierten aber nicht gegen die Entschädigungssätze, und das Bundesgericht selber konnte die Anträge der Schätzungskommission nicht unterbieten, weshalb die festgesetzten Entschädigungen wohl bestehen blieben. Gleichwohl hatten die BKW laut Urteilsantrag der Instruktionskommission, also der beiden Bundesrichter, die Kosten des bundesgerichtlichen Verfahrens zu tragen, ansonsten die Enteigneten einen grossen Teil ihrer Entschädigungen wieder verloren hätten.⁸¹ Ohnehin schob die Mehrheit der Expertengruppe den BKW ein Selbstverschulden an diesem Prozess zu: Allein schon das «etwas rücksichtslose Verfahren der Gesellschaftsorgane gegenüber den Exproprierten im Vorverfahren» rechtfertige die Übernahme der Verfahrenskosten.⁸² Das Verfahren vor Bundesgericht begründete also kaum ein Präjudiz für eine Welle überhöhter Forderungen, wie es die BKW ursprünglich befürchtet und für diesen Fall auch schon das Ende der Ausbeutung der «nationalen Wasserkräfte» an die Wand gemalt hatten⁸³ – dies belegt auch der weitergehende Ausbau der Nutzung der Wasserkraft.

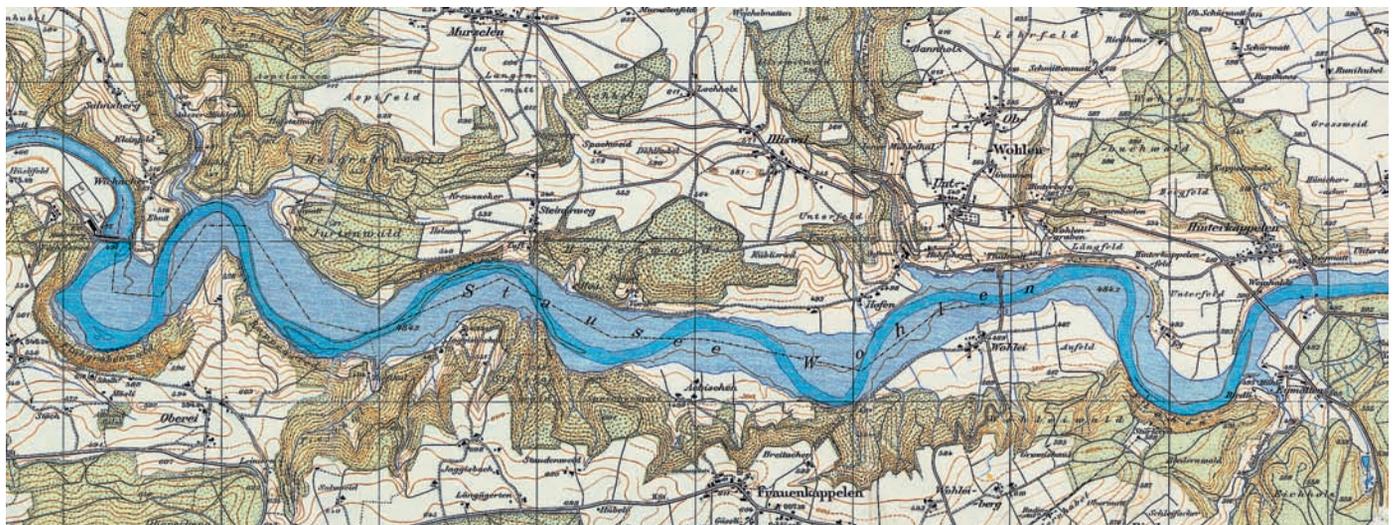
4.2.2.2 Der Widerstand der Landeigentümer – eine politische Kampagne gegen die Elektrizitätswirtschaft?

Die BKW standen damals politisch schon seit einiger Zeit in der Kritik, erst von linker und dann auch von konservativer Seite. Beide Seiten beabsichtigten, die BKW als Bastion des Freisinns zu knacken. Politische Attacken und Kampagnen gehörten also zum Alltag der BKW. War aber tatsächlich, wie die BKW in ihrer Stellungnahme an das Bundesgericht behaupteten, eine Kampagne gegen sie, gesteuert insbesondere vom Bauernsekretariat, im Gange? Sie begründeten dies mit einem «organisierten Widerstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung»⁸⁴, der sich in verweigerten Durchleitungsrechten, polemisch verfassten Zeitungsartikeln und in der vom Bauernsekretariat unterstützten «fabrikmässige[n] Herstellung und planmässige[n] Einreichung der vorliegenden ‚Beschwerde‘» äussere; es war auch von «Hintermännern» die Rede. Diese Hinweise sind als Beweise für eine gezielte Kampagne etwas dürftig. Nicht von der Hand zu weisen sind jedoch personelle und organisatorische Verflechtungen in den gegnerischen Kreisen: So gab es personelle Verbindungen zwischen Bauernsekretariat bzw. Schweizerischem Bauernverband und BGB,⁸⁵ und die oben zitierten Presseerzeugnisse «Schweizer Bauer» und «Neue Berner Zeitung» waren Organe der BGB.⁸⁶ Möglich ist also, dass konservative Kreise mit Hilfe des Bauernsekretariates den bäuerlichen Groll aufgriffen und kanalisiert, um dadurch zumindest im Nebeneffekt zur Schwächung der BKW beizutragen. Gleichwohl hatten die Bauern gute Gründe, gegen die BKW vorzugehen. Dazu zählten sicherlich die Erfahrungen mit dem Kraftwerkbau und mit den BKW als auch, im Zusammenhang mit den angestrebten Enteignungen, der Vorwurf des auf finanzieller Potenz basierenden Machtmissbrauchs der BKW.⁸⁷ Die Klage vor Bundesgericht wurzelte im bäuerlichen Willen, sich diesmal nicht über den Tisch ziehen zu lassen und den Preis in die Höhe zu treiben, um von eben dieser finanziellen Potenz zu profitieren.

4.2.2.3 Nachlese 1925: Ein Abgesang auf das versenkte Aaretal

Die Bauern, welche ihr Land im Aaretal aufgeben mussten, können mithin als Modernisierungsverlierer bezeichnet werden – dies gelangt in einem Beitrag eines «Peter vom Wohlensee» in der «Neuen Berner Zeitung» im Januar 1925,⁸⁸ Jahre nach der Aufstauung, zum Ausdruck, einer Abrechnung mit BKW und Staat: Bitternis ist zu spüren über den Verlust der «Scholle» und über den Mangel an Respekt seitens der BKW und des Staates vor dem Wert dieses oft über Generationen bewirtschafteten und vererbten «Heiligtums». Bissig kommentierte der Verfasser die «neue Zeit», welche die bäuerliche Welt und deren Werte mit Füßen trete. Die BKW brandmarkte er als Zerstörer des zur bäuerlichen Idylle verklärten Aaretals: «Dann kam das Werk, für diesen Ort wie ein scharfes Schwert zerschneidend Haus und Hof, Familien und Freunde und Nachbarsleben, tief eingreifend auf die Verhältnisse des Einzelnen, Eingriffe, die von der Mitwelt unbeachtet und doch so folgenswer für die Betroffenen sind» – gleichwohl fanden jene, die ihren Hof aufgeben mussten, mit der Zeit Ersatz.⁸⁹ Die Botschaft war deutlich: Die Versenkung ihrer «Scholle» erlebten die Bauern als kaum wieder gut zu machenden Verlust ihrer Heimat. Der Verfasser montierte geschickt verschiedene – fiktive oder reale – Einzelschicksale und verlieh den Modernisierungsverlierern so ein Gesicht. So fand ein «Uchtbenz», 75-jährig, Erwähnung, dem «das Wegziehen aufs Läbige» ging, und ein Christen Bühlmann, der, als Bauer «heimatlos», zum Angestellten des Elektrizitätswerkes wurde: «Der Vertreiber, er wird zum Ernährer.» Einer der Höhepunkte dieser Montage ist die Szene, in der Christen mit Tränen in den Augen einem Ingenieur der BKW erklärt, er habe Glück, Familie und Heimat verloren, und dieser für sich «ergriffen» denkt: «Ein Opfer fürs allgemeine Wohl».⁹⁰ Dies war eine spitze Verhöhnung der wirkungsmächtigen Opfer-Ideologie. Der Spott war eine Warnung an die Bauern: Derjenige, der ein Opfer erbringt, wird selber zum Opfer. Der Verfasser stellte denn auch konsequent die noch Jahre zuvor, z. B. anlässlich der Einsprachen im Jahr 1917, allgemein akzeptierte Wertehierarchie auf den Kopf und setzte den Erhalt von Scholle und Heimat über das «Ganze», über das «allgemeine Wohl».

Abb. 10.20: Auf der Karte Bern-Aarberg von 1933 (Topographischer Atlas der Schweiz, 1: 25 000) sind der alte Aarelauf und die Überschwemmungsgebiete erkennbar. (Eidg. Landestopographie, Bern)



5 Elektrifizierung und Kraftwerk Mühleberg: «Grosse Zeiten fordern grosse Opfer»

Widerspruch gegen den Bau gab es in der entscheidenden Projekt- und Genehmigungsphase im Jahr 1917 wenig, die meisten Betroffenen schienen damals nicht daran gedacht zu haben, im Gegenteil: Gemeinderat und Einwohnergemeinde Wohlens nutzten entschlossen die Gelegenheit, um BKW und Kanton ein Brücken- und Strassenbauprogramm abzurufen, welches weit umfangreicher war als ursprünglich von den BKW geplant. Dies war der politische Preis für die Einwilligung in einen Bau, der das Antlitz Wohlens entscheidend verändern sollte. Auch die Privaten vertrauten offenbar darauf, ausreichend entschädigt zu werden. Zudem versprach das Werk auch neue Arbeitsplätze und neue Steuererträge für die Gemeinde – und schon kurz nach der ersten Aufstauung zog der Wohlensee erste alternative Nutzer an (siehe Abbildungen). Nicht zu vergessen ist ferner auch die Bedeutung des Werks für die Elektrifizierung der Region, deren Sinn auch in der Gemeinde nicht infrage gestellt wurde.

Dies war die praktische Seite. In Rudolf von Tavels Rechtfertigung des Baus werden zwei weitere, über die Interessen des Einzelnen hinausreichende Motive angeführt:⁹¹ Einerseits wird die vermeintlich gottlose technisierte Moderne als Erfüllung von Gottes Willen gedeutet und andererseits die «grosse Zeit», die «grosse Opfer» erfordere, beschworen. Dieses zweite, weltliche Motiv findet sich auch in den Akten von BKW, Gemeinden und Landeignern. Das Erbringen von Opfern für das allgemeine Wohl war oberste Pflicht, Einzelinteressen waren dem «Ganzen» unterzuordnen. Und damit war das nationale Interesse, das Landesinteresse, gemeint; das Wachstumsprogramm der Elektrizitätswirtschaft war gekoppelt mit solchen politisch-ideologischen Inhalten.⁹² Dies half mit, ein für die Betroffenen auch mit Verlust, Umsiedlung und persönlichen Tragödien verbundenes Projekt widerspruchlos umzusetzen – keiner wollte als Saboteur der Landesinteressen dastehen.

Abb. 10.21: Erste Ruderregatta im Jahr 1921 auf dem Wohlensee. Der Wohlensee stärkt «Körper und Geist»: Schon 1921 entdeckte der Rowingclub Bern den Wohlensee als Austragungsort für die jährlich stattfindende Schweizerische Meisterschaftsregatta. Der See war zentral gelegen und schien «nahezu frei von hohem Wellengang zu sein». Die erste Regatta fand am 28. August 1921 statt unter der Beteiligung von Klubs aus Bern, Biel, Interlaken, Luzern, Lausanne, Thun, Yverdon und Zürich. «Der Bund» berichtete begeistert: «Nicht nur die Stadtleute ziehen scharenweise aus an die Gestade unseres Sees, sondern auch das Landvolk bekundet durch seine überaus zahlreiche Anwesenheit ein reges Interesse, ist es doch für sie etwas ganz Neues.»⁹³ (Rowingclub Bern)





Abb. 10.22: Auch als Landeplatz für Wasserflugzeuge schien der Wohlensee, kaum war er aufgestaut, attraktiv zu sein. Eine Luftverkehrsunternehmung beabsichtigte gar, eine «Flugstation» für Wasserflugzeuge zu bauen, und zwar als Landeplatz für die Bundeshauptstadt.⁹ (BKW)

Diese Rechtfertigungsformel erhielt aber Risse, als die Folgen des Baus für die Betroffenen konkret sichtbar wurden, etwa als die Landwirte ihr Land und ihre Ernte im Wasser versinken sahen. Die BKW verkannten vermutlich den Symbolgehalt solcher Vorfälle – oder es war ihnen schlichtweg gleichgültig – und verstärkten dadurch, wie auch durch die zuweilen unzimperliche Durchsetzung ihrer Interessen, deren negative Wahrnehmung in der betroffenen Bevölkerung noch. Dies stellte die Elektrifizierung und das Werk an sich nicht infrage, allerdings begannen bäuerliche Kreise die Rede vom Opfer-Erbringen, vom übergeordneten Interesse des «Ganzen», kritischer zu beurteilen, indem sie z. B. auf eine für sie angemessene finanzielle Anerkennung der von ihnen erbrachten «Opfer» pochten. In die gleiche Richtung wies das Unterfangen, das Bauerntum und dessen Werte, die Verbundenheit zur «Scholle» und zur «Heimat», das Selbstverständnis als «Hüter des Staatsgedankens», dem «Ganzen» zumindest gleichwertig gegenüberzustellen oder sie gar darüber zu stellen.

Abb. 10.23: Wohlensee mit Wohleibücke. Heute ist der Wohlensee für die Gemeinde ein nicht mehr wegzudenkender, wichtiger Naherholungs-, Wirtschafts- und Naturraum. (WW)

